



Integrationsausschuss

50. Sitzung (öffentlich)

21. Oktober 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9300 Vorlagen 16/3176 und 16/3306	
– Bericht durch Minister Rainer Schmelzer (MAIS)	7
– Detailberatung	7

2 Integration von Flüchtlingen umfassend und vorausschauend gestalten – Krisenmodus bei der Flüchtlingsaufnahme darf Integration nicht behindern **10**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9801

in Verbindung mit

Aktionsplan Integration für Flüchtlinge – Chancen für Flüchtlinge, Wirtschaft und Gesellschaft schaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9786

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung am 18. November 2015 mit einem Sachverständigenschlüssel von einem Sachverständigen pro Fraktion und drei weiteren gemeinsamen Sachverständigen.

3 Mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung – 4. Umsetzungsbericht (Zeitraum vom 31. Mai 2014 bis 30. Mai 2015) **11**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3291

- Bericht durch Minister Rainer Schmeltzer (MAIS) **11**
- Aussprache **12**

4 Verschiedenes **16**

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Vorlagen 16/3176 und 16/3306

Vorsitzender Arif Ünal leitet ein, der Landtag hat in seiner 91. Sitzung am 3. September 2015 den Gesetzentwurf federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolge.

Der Integrationsausschuss sei in erster Linie zuständig für das Kapitel 11 060 „Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter“ innerhalb des Einzelplans 11.

Der Haushalt des Integrationsministeriums sei in der Sitzung am 16. September 2015 eingebracht worden.

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales habe die schriftlich eingereichten Fragen in der Vorlage 16/3306 beantwortet.

Vereinbarungsgemäß solle in der heutigen Sitzung die Detailberatung stattfinden. In der Sitzung am 18. November werde abschließend über den Haushalt beraten.

Minister Rainer Schmeltzer (MAIS) berichtet:

Gestatten Sie mir den Hinweis, dass ich zu der Einbringung des Haushalts nichts mehr sage und dass Rückfragen durch den Staatssekretär und den Abteilungsleiter beantwortet werden. Da ich 15 Jahre als Abgeordneter tätig war und oftmals die Landesregierung kritisiert habe – mit Sicherheit immer zu Recht –, möchte ich auf eines hinweisen: Die Antworten auf die schriftlich gestellten Fragen der CDU-Fraktion sind formal später bei Ihnen eingegangen, als das richtig wäre. Das liegt nicht an den Kolleginnen und Kollege des Hauses, sondern an dem frechen Minister, der noch Umformulierungen vorgenommen hat, weil mir die Antworten zu kompliziert formuliert waren und ich für eine einfache Sprache bin. Insofern bitte ich das zu entschuldigen. Ich bin mehrfach darauf hingewiesen worden, dass das nicht den Formalien entspricht. Ich nehme das auf meine Kappe.

Dr. Anette Bunse (CDU) bedankt sich für die Beantwortung der Fragen ihrer Fraktion. Das Ministerium gehe bei der Beantwortung der Fragen unter anderem auf die Programme „Early Intervention“ und „XENOS“ ein. Bei „Early Intervention“ handele es sich um eine Gemeinschaftsaktion von BA und BAMF und bei „XENOS“ um ein

ESF-Programm. Die Abgeordnete fragt, inwieweit sich die NRW-Landesregierung daran beteilige.

Simone Brand (PIRATEN) gratuliert zunächst dem Vorsitzenden Arif Ünal zur Integrationsmedaille der Bundesregierung. Das freue sie sehr.

(Beifall)

Selbstverständlich gewähre ihre Fraktion dem Minister eine 100-Tage-Einarbeitungszeit. Nichtsdestotrotz befinde man sich mitten in den Haushaltsberatungen. Minister Schneider habe vor vier Wochen zugesagt, dass nach dem damals anstehenden Flüchtlingsgipfel auf Bundesebene finanziell noch erheblich etwas passieren. Ausweislich des Haushaltsentwurfs erhöhe sich in diesen historischen Zeiten der Integrationshaushalt jedoch nicht, sondern er verringere sich sogar. In Anbetracht der derzeitigen Vorkommnisse halte sie dies für nicht akzeptabel. Ihr fehle ein Gesamtkonzept zur Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft. Bislang gebe es lediglich per Gießkannenprinzip Kleinigkeiten. Es müsse etwas passieren. Sie vermisse das Zeichen, dass der Integrationshaushalt deutlich aufgestockt werde.

Dirk Wedel (FDP) richtet den Blick auf die zu erwartende Ergänzungsvorlage zum Haushalt. Zwar wisse er, dass das Kabinett noch keine Entscheidung getroffen habe, nichtsdestotrotz bitte er den Minister, zu skizzieren, wohin zumindest der Tendenz nach die Reise gehe.

Des Weiteren interessiere ihn, ob angedacht sei, Geld für ein flächendeckendes Screening der Qualifikationen von Flüchtlingen sowie für die Integration von Flüchtlingen in Arbeit eingeplant werde und ob es Geld dafür geben solle, um den Asylbewerbern in den Kommunen ab dem ersten Tag einen Sprachkurs zugänglich zu machen.

Minister Rainer Schmelzer (MAIS) gibt zur Antwort, man könne sich trefflich darüber streiten, was „deutlich aufstocken“ bedeute. Er mache darauf aufmerksam, dass er bereits am Tag seiner Vereidigung eine Ergänzungsvorlage zur Aufstockung des Integrationshaushaltes unterschrieben habe. Details wolle er noch nicht nennen, da hierzu zunächst eine Ressortabstimmung stattfinden müsse. Er könne aber versichern, dass der Integrationshaushalt aufgestockt werde. Daran sei auch ihm gelegen.

Arbeitsmarktthemen würden im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales behandelt.

StS Thorsten Klute (MAIS) ergänzt, in der Tat würden arbeitspolitische Themen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales behandelt. Nichtsdestotrotz würden die Basissprachkurse, die NRW im Rahmen von „Early Intervention“ finanziere, auch von der Integrationsabteilung maßgeblich beeinflusst.

„Early Intervention“ sei zum Zeitpunkt seiner Entstehung ein reines Bundesprojekt gewesen. Der Bund habe sich schrittweise auf neun Modellstandorte verständigt, ei-

ner davon in NRW, nämlich Köln. Es sei ein Gemeinschaftsprojekt von Bundesagentur für Arbeit und BAMF gewesen. Die Bundesagentur habe Flüchtlinge mit Bleibeperspektive herausgesucht, und das BAMF habe die Sprachkurse finanziert. Aufgrund der positiven Erfahrungen habe NRW darum gebeten, dieses Programm auf ganz NRW auszuweiten. Dies habe das BAMF jedoch nicht finanzieren können, weshalb NRW gesagt habe, wenn die BA bereit sei, zusätzliches Personal bereitzustellen, dann finanziere NRW aus ESF-Mitteln die Basissprachkurse. Dies werde derzeit NRW-weit aufgebaut. Zukünftig werde es in Nordrhein-Westfalen keinen Agenturbezirk mehr geben, in dem keine mit Mitteln des MAIS finanzierten Basissprachkurse angeboten würden. In der Zwischenzeit habe jedoch der Bund ein eigenes Sofortsonderprogramm aufgelegt, um weitere berufsbezogene Sprachkurse für Geflüchtete anzubieten.

In diesem Zusammenhang sollten auch die Integrationskurse erwähnt werden. Dies sei eine echte deutsche Erfolgsgeschichte. Das Problem bestehe darin, dass diese bislang für Asylsuchende noch nicht geöffnet gewesen seien. Es sei unter anderem eine NRW-Initiative im Bundesrat gewesen, darauf hinzuwirken, diese Kurse auch für diesen Personenkreis zu öffnen. Dies werde nun geschehen. Das Bundesinnenministerium werde diese Kurse in Kürze für diesen Personenkreis öffnen. Er gehe davon aus, dass dies noch in diesem Jahr geschehe, zumindest für Geflüchtete mit guter Bleibeperspektive.

Vorsitzender Arif Ünal hielte es für sinnvoll, im Rahmen der ersten Anhörung nicht nur die Personalien, sondern auch die Qualifikation der Flüchtlinge festzustellen, um diese so früh wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies liege jedoch nicht in der Zuständigkeit des Landes, sondern des BAMF.

StS Thorsten Klute (MAIS) erläuterte, derzeit kämen täglich etwa 10.000 Geflüchtete nach Deutschland. Das BAMF komme nicht hinterher, den Antragstau abzuarbeiten. Er sei guter Hoffnung, dass demnächst die Anzahl der unerledigten Fälle deutlich sinken werde. Darüber hinaus hoffe er, dass auch bald eine Beschleunigung des Screenings zur Feststellung der Qualifikationen der Geflüchteten erreicht werde. Dies werde jedenfalls von NRW eingebracht.

